

Elfriede Ch. Neubauer **PARTNERSCHAFTEN ZWISCHEN ERSTER UND DRIT-** **TER WELT - BEGEGNUNGEN ZWISCHEN KULTUREN**

Der Begriff der "Partnerschaft" - in Zusammenhang mit Entwicklungspolitik/Entwicklungshilfe - hat sich fast ausschließlich für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit eingebürgert. Damit ist die Kooperation auf Gemeindeebene gemeint, die sogenannte Städtepartnerschaft. Partnerschaften können aber auch zwischen Stadtteilen bzw. Institutionen (Schulen, Krankenhäusern, Universitäten) entsprechender Gemeinden in Nord und Süd eingegangen werden.

1. Städtepartnerschaften

Schon in den 60er Jahren hat die International Union of Local Authorities (IULA) - eine Unterorganisation der UNO - den Versuch gemacht, die Gemeinden der Industriestaaten zur Kooperation mit Gemeinden in Entwicklungsländern anzuregen. Dieser Versuch blieb zunächst ohne Erfolg. Erst in den 70er Jahren, als die Kritik an den staatlichen Entwicklungshilfe-Programmen lauter wurde und sich herausstellte, daß die bisherige Entwicklungspolitik ein immer stärkeres Auseinanderdriften von armen und reichen Ländern nicht verhindern konnte, begannen sich engagierte Gemeinden in etlichen europäischen Ländern für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit zu interessieren. Mitte der 70er Jahre waren es in den Niederlanden 25 Städte, die Partnerschaften mit Dritte-Welt-Ländern konstituierten, heute sind es 280, ein Drittel aller holländischen Stadtgemeinden. In der BRD sind es etwa 400 Gemeinden, in Österreich 7.¹

Der Anstoß für eine Gemeinde, entwicklungspolitisch aktiv zu werden, kommt meist von einer lokalen Dritte-Welt-Gruppe, einer Solidaritätsgruppe, die die notwendige Öffentlichkeitsarbeit leistet, um das Interesse der Bevölkerung an den Problemen des entsprechenden Entwicklungslandes zu wecken. Das Solidaritätskomitee versucht dann Vertreter im Gemeinderat für diese Idee zu gewinnen, damit diese einen Antrag für die Städtepartnerschaft stellen. Häufig kommt es schon vorher zu Kontakten mit bekannten Persönlichkeiten oder Politikern, die eine offizielle Partnerschaft vorbereiten helfen (z.B. in Salzburg war es der Besuch des damaligen nicaraguanischen Kulturministers Ernesto Cardenal, der 1983 in einem Gespräch mit Bürgermeister Reschen, Leon als Partnerstadt für Salzburg vorschlug). Mit dem formellen Beschluß einer Städtepartnerschaft im Gemeinderat sind meist auch Zusagen finanzieller Art verbunden, die bestimmte Projekte betreffen.

Das Selbstverständnis, die Leitideen, denen sich Städtepartnerschaftsgruppen verpflichtet fühlen, kommen sehr klar im sogenannten "Kölner Aufruf" zum Ausdruck - einer Grundsatzserklärung, die anläßlich der 1. Konferenz über Städte und Entwicklung im Jahr 1985 in Köln von Gemeindevertretern aus 47 europäischen Städten und Vertretern vieler Nicht-Regierungs-Organisationen verabschiedet wurde. Schon aus dem Titel "Von der Wohltätigkeit zur Gerechtigkeit" geht hervor, daß

es im Verständnis der Städtepartnerschaften bei Entwicklungszusammenarbeit nicht nur darum geht, Not zu lindern, sondern dazu beizutragen, daß gerechtere soziale Strukturen in Ländern der Dritten Welt entstehen, die Not verhindern und Entwicklungen (im Sinne der Selbsthilfe und Eigenverantwortung) fördern. Zu den Hilfsmaßnahmen heißt es: "Die Teilnehmer der Konferenz sind sich bewußt, daß ohne einen strukturellen Wandel auf vielen Gebieten der Nord-Süd-Beziehungen die unerträgliche Situation noch verschlimmert wird. Wir bestätigen darüber hinaus, daß Hilfsmaßnahmen zwar für die unter der weltweiten Ungerechtigkeit Leidenden begrüßenswert und notwendig sind, daß Hilfe allein aber nicht genügt, um eine echte Lösung herbeizuführen. Nur allzu oft werden Hilfsmaßnahmen als Alibi benutzt, um damit das Gewissen des Nordens zu beschwichtigen" (KDZ-Broschüre, 1988, 55). Unter den Zielen werden deshalb folgerichtig "Informations- und Bildungsarbeit" vor "partnerschaftlichen Aktivitäten" und der "Planung und Durchführung von Projekten" genannt (ebd. S. 56). Mit Informations- und Bildungsarbeit soll über wirtschaftspolitische Zusammenhänge aufgeklärt werden, durch die Entwicklungsländern Schaden zugefügt wird (z.B. Drücken der Rohstoffpreise, Investitionen von Industriestaaten, die an den Grundbedürfnissen der Bevölkerung vorbeigehen, Gewinntransfer multinationaler Konzerne, u.a.m.).

Es soll nun kurz über die Arbeit einiger österreichischer Städtepartnerschaftsgruppen berichtet werden, wobei InitiatorInnen und MitarbeiterInnen dieser Projekte möglichst selbst zu Wort kommen sollen.

Tabelle 1: Städtepartnerschaften in Österreich (bestehend seit):

Mürzzuschlag/Steiermark	Arusha/Tansania	(1977)
Salzburg	Singida/Tansania	(1982)
Leibnitz/Steiermark	Pedra Badejo/Kapverde	(1983)
Salzburg	Leon/Nicaragua	(1984)
Linz/Oberösterreich	San Carlos/Nicaragua	(1984)
Wels/Oberösterreich	Chichigalpa/Nicaragua	(1987)
Traun/Oberösterreich	El Jicaral/Nicaragua	(1987)
Hallein/Salzburg	Telica/Nicaragua	(1988)

Am Beginn der Städtepartnerschaft "Mürzzuschlag - Arusha" stand ein, für diese Art von Beziehung, ungewöhnliches Ereignis: "Ein Student gewann einen Redewettbewerb des ORF zum Nationalfeiertag im Jahr 1977. Seine Aufforderung zu tätiger Entwicklungshilfe wurde vom ORF-Landesintendanten für Steiermark und dem Bürgermeister der Stadt Mürzzuschlag aufgegriffen. Mit Hilfe einer der ersten Dritte Welt- und Selbstbestierungsgruppen in Österreich, der 'Erklärung von Graz', fand man schließlich in Arusha, Tansania, eine geeignete Schwesterstadt. Steirische Tageszeitungen und der ORF warben um Spenden der Bevölkerung. Die Mürzzuschlager Gemeinderäte beschlossen, auf einen Teil ihrer Aufwandsentschädigung zu verzichten und damit Entwicklungsprojekte in Arusha zu fördern" (KDZ, 1988, 23).

Mit der Wahl Arushas wollte man auf die Bedeutung des Ortes hinweisen, in dem 1967 mit der "Deklaration von Arusha" das Programm des tansanischen Entwicklungsweges formuliert wurde. Nach entsprechenden Informationssendungen über Arusha in Rundfunk und Fernsehen, wurde zur Finanzierung von Projekten ein Fonds gegründet, in den jährlich 150.000 öS aus dem Gemeindebudget fließen, weitere Gelder werden durch Spenden aus der Bevölkerung und durch

Selbstbesteuerung der Gemeindefunktionäre aufgebracht. "Die Stadtgemeinde richtet sich bei ihren Hilfsleistungen nach den Vorschlägen des Stadtrates von Arusha. So wurde ein Ambulanzwagen mit medizinischen Geräten finanziert, da für eine Region von 90.000 Einwohnern bisher nur ein veralteter Krankenwagen zur Verfügung stand. Als nächstes Projekt wird der Neubau eines Schlachthofes in Angriff genommen, der der unzureichenden Versorgung der Bevölkerung mit Frischfleisch und dem Mangel an Schlachtmöglichkeiten (schlechte Verarbeitungsmöglichkeiten, keine Kühlungs- und Konservierungseinrichtungen) Abhilfe schaffen soll. Aus dem Finanzierungsfonds (der bereits 1,25 Millionen öS umfaßt) wird dafür 1 Million Schilling aufgewendet, eine weitere Million Schilling wird das Bundeskanzleramt aus Mitteln der österreichischen Entwicklungshilfe beisteuern" (Gruber, ÖIE-INFO-MAPPE, 1986, 7).

Über die Städtepartnerschaft "Leibnitz - Pedra Badejo"² schreibt einer der Begründer dieser Partnerschaft: "Die dahinterstehende entwicklungspolitische Ideologie ist genauso einfach wie naiv: Tischler hilft Tischler, Schlosser hilft Schlosser. Und das auf der Ebene direkter Zusammenarbeit ... Die formelle Seite der Städtepartnerschaft bildet in Leibnitz ein Verein. Dessen Kernstück sind sogenannte Fachbeiräte für Bauwesen, Gesundheit, Tischlerei usw. In ihnen beschäftigen sich Handwerker, Ärzte, Lehrer und andere Berufsgruppen mit Entwicklungsproblemen in Pedra Badejo.

So gibt es Kontakt zwischen Lehrern aus Leibnitz und aus Pedra Badejo. Neben Aufbringen von Schulmaterial mündet die Arbeit in Kürze in das Drucken eines Lehrbuches, zusammengestellt auf Kapverde, gedruckt in Österreich. Ein Lehrbuch auf kapverdische Verhältnisse zugeschnitten hat es bisher nicht gegeben.

Voriges Jahr waren ein Arzt und ein Tierarzt aus Leibnitz auf Kurzeinsatz im Rahmen schon bestehender anderer österreichischer Projekte. Auf Initiative der Städtepartnerschaft ist die Arbeit einer Ärztin und einer Hebamme in dieser Region geplant.

Einen Schwerpunkt der Arbeit bilden Projekte zur ökonomischen Entwicklung und zur Stadtentwicklung: ein Tischlereiprojekt, eine geplante Gemeindeschlosserei und eine Stadtentwicklungsplanung ... An oberster Stelle steht: Förderung von eigendynamischen Wirtschaftskreisläufen. Dies soll geschehen durch Unterstützung von Produktionsweisen und Produkten, die 'eine maximale örtliche Wertschöpfung' beinhalten (Stoisser, ÖIE-INFO-MAPPE, 1986, 8). Sehr lebendig sind auch die Beziehungen zwischen Salzburg und Leon.

Die seit 1983 bestehende Solidaritätsgruppe hat auf vielen Ebenen Kontakte zwischen Salzburg und Leon initiiert:

- Die Volksschule des Stadtteils Lieferung ist Partnerschule der Primaria von Guadalupe, einem Stadtteil von Leon. Im Rahmen dieser Schulpartnerschaft wurden bisher durch Weihnachtsbazar und Sammlungen, Spenden in der Höhe von ca. 34.000 öS für Schulmöbel, Lehrmittel und Reparaturen aufgebracht.

- Das Amt der Salzburger Landesregierung stellte gebrauchte, aber voll funktionsfähige Vermessungsgeräte zur Verfügung, die der ehemalige Leiter der Straßenplanungsabteilung, Hofrat Faber, selbst nach Nicaragua brachte, wo er auch die Techniker auf die Geräte einschulte.

- 1986 wurde mit Geldern der Stadt Salzburg (125.000 öS) die Erweiterung eines Kindergartens in einem Stadtrandviertel von Leon vorgenommen und damit 150 Kindern eine Tagesstätte ermöglicht. Weiters wurde eine Volksschule für 70 Kinder gebaut (gemeinsam mit einem spanischen Orden).

– 1988 wurde der Neubau einer Schule im Leoner Stadtteil Fundeci in Angriff genommen. Es handelt sich um eine zwölfklassige Volksschule mit den dazugehörigen Einrichtungen. Die Kinder des Stadtteils Fundeci können zum Teil gar nicht in eine Schule eingeschrieben werden, weil es im Stadtteil keine gibt und weil auch die angrenzenden Stadtteile in ihren Schulen keinen Platz für die Kinder haben. Die Mittel (ca. 700.000 öS) werden von der Stadt Salzburg und durch eine Spendenkampagne der Leon-Gruppe aufgebracht.

– Ein von mehreren Partnerstädten gemeinsam finanziertes Vorhaben ist das sogenannte "Rio Chiquito - Projekt". Es geht dabei um die Klärung des stark verunreinigten Rio Chiquito und um die Sammlung der Abwässer aus den angrenzenden Stadtvierteln. Das Projekt benötigt eine Summe von ca. 2 Millionen Schilling und eine Laufzeit von mehreren Jahren. Der Salzburger Anteil an diesem Projekt wird etwa 250.000 öS ausmachen.

Diese Beispiele verdeutlichen, was die kommunale Entwicklungszusammenarbeit auszeichnet:

– "Entwicklungshilfe zum Anfassen": Projekte werden auf einer sehr konkreten Ebene verwirklicht. Gemeinsam mit VertreterInnen der Partnergemeinde wird besprochen, welches Projekt sinnvoll und machbar ist. Dann werden Überlegungen angestellt, wie es möglichst kostengünstig verwirklicht werden kann. Dabei kommt das Know-How von MitarbeiterInnen der Partnerschaftsgruppe voll zum Tragen, indem ihre oft jahrzehntelange Berufserfahrung hier nutzbar gemacht wird. Z.B. hätte die Einrichtung einer metallverarbeitenden Werkstatt in Pedra Badejo, bei einer Firma regulär bestellt, 2,2 Millionen Schilling gekostet. Die Leibnitzer haben eine funktionierende Ausstattung um 186.000 öS bereitgestellt.

– Die Identifikation mit der Partnerschafts-Idee, die freundschaftlichen Kontakte zu Leuten in der Partnerstadt, bringen viel Kreativität und Ausdauer hervor, wenn es darum geht, Geld aufzutreiben oder Geld einzusparen, Material zu beschaffen, Projekte zu koordinieren und durchzuführen. Oft verbringen Gruppenmitglieder ihren Urlaub in der Partnerstadt, um dort Aufbauarbeit zu leisten, sei es bei der Einschulung von Personal auf neue Technologien, bei der Reparatur von Maschinen, beim Straßenbau, in der Landwirtschaft, u.a.m.

– Ein weiterer Punkt betrifft die Kontrolle der finanziellen Mittel: Partnerschaftsgruppen wissen sehr genau bescheid über die Kosten von Projekten. Kostenpläne werden gemeinsam mit Experten der Partnerstadt erstellt. Geräte, Geld, Ausstattung werden von Gruppenmitgliedern selbst ins Entwicklungsland gebracht. Dort werden Konten eröffnet, von denen das Geld, angelegt in Devisen, erst kurz vor der Auszahlung abgehoben wird. Damit ist der Inflation ebenso vorgebeugt, wie der Gefahr, daß Gelder durch Korruption versickern. Staatliche Entwicklungshilfegelder, die auf Ministeriumsebene ausgezahlt werden, sind weniger kontrollierbar, die Gelder gehen durch mehr Hände, bis sie an ihren Bestimmungsort gelangen.

– Aufgrund der direkten, kontinuierlichen Kontakte der Partnergemeinden kann bedürfnisorientiert auf Veränderungen reagiert werden. Partnerschaftsgruppen sind flexibler als staatliche Apparate, die bei jeder Abänderung eines einmal beschlossenen Vorhabens Kommissionen und Subkommissionen erstellen, Beirats- und Ministerentscheide einholen müssen.

– Einen sehr wichtigen Stellenwert haben Dritte-Welt-Partnerschaften für die Bewußtseinsbildung der Leute in den Industrieländern: Exkursionen in die Partnerstadt, Berichte, die darüber verfaßt werden, die Gespräche mit Besuchern aus der Partnerstadt, die Auseinandersetzung mit den Ursachen der Unterentwicklung und

ökologischen Problemen der Region, die betreut wird; das alles fördert das Verständnis von politischen Zusammenhängen, trägt zu interkulturellem Lernen bei.

– Die Aktivitäten der Partnerstädte eignen sich auch hervorragend als Arbeitsthemen für Schulen. Die abstrakte Problematik des Nord-Süd-Konfliktes läßt sich anhand von Fotos, Ausstellungen und Reiseberichten den Schülern hautnah vermitteln. Die Leibnitzer Lehrer haben eine besonders langfristige Perspektive: Sie finden, daß es wichtig ist, die Schüler intensiv miteinzubeziehen, da sie es sind, die die Städtepartnerschaft in Zukunft weitertragen sollen (vgl. ÖIE-INFO-MAPPE, 1986, 9).

Es gibt aber auch kritische Stimmen. In einem Spiegel-Interview meint Holger Baum von der deutschen Welthungerhilfe, daß manche Gemeinden ihre Projekte zu naiv angehen und es vorkommt, daß ohne Kenntnis der lokalen Macht- und Wirtschaftsverhältnisse und ohne Rücksicht auf die Folgekosten geplant werde. So ist es bekanntermaßen schwierig, in Entwicklungsländern Ersatzteile für Maschinen und Fahrzeuge zu bekommen. Darauf müsse bei Hilfen Rücksicht genommen werden (Spiegel Nr. 41, 1989, 94).

Abgesehen davon, daß diese Erkenntnisse bei vielen Partnerschaftsgruppen schon berücksichtigt werden und man bemüht ist, sogenannte "angepaßte" Technologien zu liefern, ist die Gefahr von Fehlplanungen nicht auf Städtepartnerschaftsprojekte beschränkt, sondern wie sich gezeigt hat, bei großen Entwicklungshilfeprojekten keineswegs selten (z.B. Getreidelieferungen nach Afrika, Brunnenbau in der Sahelzone).

Ein ernstes Problem, das auf der Städtepartnerschaftskonferenz im Frühjahr 1990 in Salzburg diskutiert wurde, betrifft den Stellenwert der Projekte für die Stimulierung der Wirtschaft einer Region. So sollten Projekte hauptsächlich das Ziel verfolgen, Wirtschaftskreisläufe in Gang zu setzen, die Eigeninitiative der (Land-) Bevölkerung anzuregen, um die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland zu verringern und die Selbstversorgung so gut wie möglich zu gewährleisten. Sachspenden (z.B. Kleidung, Nahrungsmittel) die keine Bildungs- bzw. Ausbildungsprozesse stimulieren, sollten wohlüberlegt und nur in Ausnahmefällen (z.B. Katastrophen) verabreicht werden.

2. Universitätspartnerschaften

Entwicklungsländer haben gegenüber den Industrieländern einen großen Nachholbedarf ihr Bildungssystem betreffend. Dies sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht. Bildung und Ausbildung gehören zu den Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung, an Bildung sind darüber hinaus auch soziale, politische und kulturelle Entwicklungsprozesse gebunden.

Tabelle 2: Anzahl der Universitäten in Industrie- und Entwicklungsländern (nach Küper 1988b, 403)

BRD	61
Österreich	12
Asien/Ozeanien	704
Lateinamerika	520
Arabische Länder	105
Afrika (südlich der Sahara)	76

Neben den aus Tabelle 2 ersichtlichen quantitativen Diskrepanzen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ist ein großes Problem von Universitäten in der Dritten Welt ihr Mangel an Ausstattung, an technischen Einrichtungen und an Infrastruktur - von Hörsaalstühlen bis zu Lehrbüchern.

Weitere Probleme liegen in den curricularen Bedingungen des Studiums: Die naturwissenschaftlichen und technischen Fachrichtungen sind - wenn überhaupt vorhanden - meist wenig differenziert, der Bezug zur Praxis ist unzureichend. Hier wird deutlich, daß Universitäten in Entwicklungsländern das koloniale Erbe der Vergangenheit noch nicht bewältigt haben. "Sie dienen vielfach den gehobenen Bildungsbedürfnissen einer vorhandenen oder werdenden Elite, sowohl aufgrund der Tatsache, daß sie überwiegend von Angehörigen traditioneller Oberschichten oder von Angehörigen einer neuen Elite besucht werden, als auch angesichts des Umstandes, daß das Bildungswesen in den meisten Entwicklungsländern außerordentlich selektiv ist. Immer noch sind viele Hochschulen entsprechend ihrer Vergangenheit und kulturellen Umwelt überwiegend geisteswissenschaftlich orientiert" (Küper, 1988a, 141).

Aus der geschilderten Situation ergeben sich als Ziele der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit den Universitäten des Südens (vgl. Küper, 1988b, 406):

- Die Steigerung der Ausbildungsleistung einheimischer Hochschullehrer durch verbesserte Curricula, Lehrmethoden und Weiterbildungsmöglichkeiten.

- Die Steigerung der Forschungskapazität durch verbesserte materielle Ausstattung der Universitäten, sowie durch Vermittlung einer entsprechenden Forschungsmethodik.

- Die Ermöglichung von Beratungsleistungen der Universitäten für Industrie, Landwirtschaft und Verwaltung.

Nach Ansicht von Experten, die sich mit Entwicklungszusammenarbeit im Hochschulbereich beschäftigen, sind einige Bedingungen zu berücksichtigen, wenn eine Annäherung an die oben genannten Ziele stattfinden soll:

- So sollte die Aus- und Weiterbildung von Absolventen und Hochschullehrern möglichst vor Ort und nicht in den Industrieländern erfolgen: die spezifischen Umstände im Entwicklungsland können besser berücksichtigt werden, die Umsetzung des Gelernten erfolgt unmittelbar, die Abwanderung von ausgebildeten Kräften (brain drain) wird eher verhindert.

- Die angewandte Forschung sollte auf die Probleme des Entwicklungslandes gerichtet sein. Sie sollte stimulierende Wirkung für dessen Wirtschaft haben und den Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur fördern, nicht nur der exportorientierten Wirtschaft dienen.

- Die Beratungs- und Dienstleistungen der Universitäten in Entwicklungsländern sollten daran gemessen werden, inwieweit die ärmste Bevölkerung der Gegend davon profitiert (z.B. von landwirtschaftlichen Verbesserungen, der Förderung von Klein- und Mittelbetrieben, etc.).

- Erfahrungen haben gezeigt (vgl. NUFFIC),³ daß Projektvereinbarungen zwischen Universitäten aus Nord und Süd langfristig angelegt sein müssen (mindestens 10 - 15 Jahre), um Veränderungen erzielen zu können.

- Notwendig wäre schließlich die Evaluierung von Projekten, um aus Fehlern und Rückschlägen zu lernen.

Ein Beispiel für eine Universitätskooperation, die diese Kriterien weitgehend erfüllt, ist das Institut für Produktionsinnovation (IPI) an der Universität Dar es Salaam/Tansania:

Die BRD half seit 1970 mit personeller und finanzieller Unterstützung beim Aufbau und Ausbau der ingenieurwissenschaftlichen Fakultät der Universität Dar es Salaam in Tansania. Letztere sollte auch die Aufgabe übernehmen, die an der Universität erarbeiteten Erkenntnisse in die Praxis der tansanischen Wirtschaft zu übersetzen, was jedoch von der Ingenieurfacultät neben ihren Lehr- und Forschungsaufgaben nicht geleistet werden konnte. "So entstand die Idee der Gründung eines eigenständigen Institutes an der Ingenieurfacultät, welches durch eigene technische Forschungs- und Entwicklungsarbeit und durch Transfer des Wissens der Ingenieurfacultät ... zur Entwicklung einer eigenständigen Industrie in Tansania beitragen sollte. Andererseits sollte das Institut aufgrund seiner mit der Industrie gewonnenen Erfahrungen in geeigneter Weise auf die Ausbildungsgestaltung und die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der Ingenieurfacultät einwirken, insbesondere auf eine industriegerechte Auslegung der Studiengänge ... Dabei ging man davon aus, daß ein Großteil der Produktion in den Industriebetrieben Tansanias auf importierten Maschinen und in meist unverändert übernommenen Herstellungsverfahren erstellt wird. Die Arbeit des technischen Personals beschränkt sich weitgehend darauf, den Produktionsprozeß in Gang zu halten und vorhandene Maschinen zu warten. Forschungs- und Entwicklungsaufgaben sind in den Betrieben weitgehend unbekannt. So werden ausländische, von hochtechnisierten Ländern stammende Fertigungsverfahren übernommen und reproduziert, ohne daß der landesspezifische Kontext in personeller, rohstoffmäßiger, mikro- oder makroökonomischer Hinsicht Berücksichtigung findet ... Angesichts dieser Lage sollte das Institut für Produktionsinnovation (IPI) technisch und wirtschaftlich sinnvolle, auf die Mittel- und Kleinindustrie zugeschnittene angepaßte Technologien und Fertigungsverfahren entwickeln, die zur Unabhängigkeit Tansanias von ausländischen Technologien und von Importen beitragen. Bei deren Einführung sollte die Klein- und Mittelindustrie durch Beratung, technische Hilfeleistungen und Einweisungen unterstützt werden. Dies sollte im wesentlichen durch die Abwicklung konkreter Projekte geschehen ... Diese wurden nach vorbereitenden Erhebungen in der Industrie in Angriff genommen, so die Untersuchung eines Kühlsystems mittels Sonnenenergie, Zerkleinerungsgeräte für Biomasseabfälle, einfach zu bauende Ölpresen, der Bau von Frischwasserbehältern, ein Rezept zur Selbstherstellung von Seifen aus lokalen Materialien sowie die Herstellung von Industrie-Alkohol aus stärkehaltigen Stoffen ... Im Laufe der Jahre erfolgte eine Konzentration auf einige Produkte aus dem Bereich Angepaßte Technologie (AT) für ländliche Gebiete. Von diesen trat im wesentlichen die Ölprelle mit entsprechenden Zusatzgeräten zur Ölherstellung in den Vordergrund ... Eine erste Untersuchung der Erfahrungen dieses Weges ... hat ergeben, daß

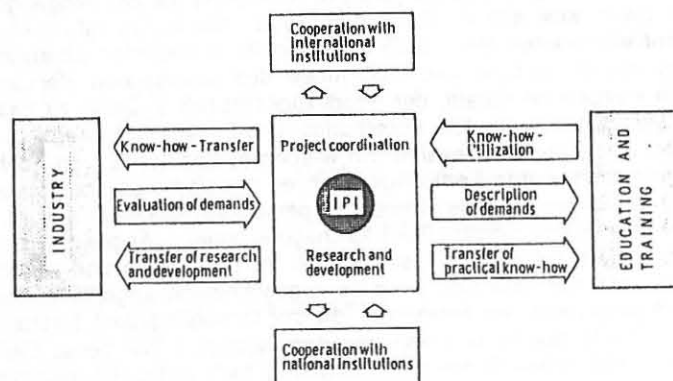
- die Handhabung mit den vom IPI entwickelten Geräten über zwei Drittel der früheren für die Produktion aufgewandten Zeit spart und eine höhere Qualität sichert;

- die Ölproduktion mit den neuen Geräten auf eine starke Nachfrage für Öl von hoher Qualität und billigem Preis trifft (zumindest billiger als nach dem gängigen Verfahren). Es sieht so aus, daß sich schon nach zwei Jahren die Investitionen rentieren bzw. die Investitionssumme zurückgezahlt werden kann;

- die Frauen (die hauptsächlich das Öl herstellen, Anm. d. Verf.) im allgemeinen relativ gut mit der Technologie klarkommen - abgesehen von einigen kleineren technischen Problemen und Verbesserungsmöglichkeiten;

- die Frauen mit dieser Arbeit eine Chance bekommen, ihre Kenntnisse, Erfahrungen und Kreativität zu erhöhen und damit größeren Einfluß im Dorf, mehr Selbstbewußtsein und Unabhängigkeit gewinnen können;
- die Frauen, wenn die Ölproduktion so erfolgreich, wie sie angelaufen ist, weiterläuft, damit neue Investitionen starten können, z.B. zur Errichtung von Maismühlen oder zur Hühnerzucht, zum Landerwerb, zur Anschaffung von Zugochsen und Geräten zur Bodenbearbeitung;
- Feuerholz, wie bei der traditionellen Ölherstellung in großem Maße erforderlich, nicht verwendet wird und damit ein ökologischer Fortschritt zu erzielen ist" (Küper 1988a, 146/148).

Abb. 1: Institut für Produktionsinnovation (nach Küper, 1988a, 145)



2.1 Universitätspartnerschaften in Österreich

Um den Stellenwert österreichischer Aktivitäten auf diesem Gebiet besser beurteilen zu können, bietet sich ein Vergleich zu anderen europäischen Ländern an:

In der Aufbruchsstimmung der 60er Jahre beschloß Hollands Regierung einen speziellen Fonds zur Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit zwischen holländischen und Dritte-Welt-Universitäten zu errichten. Das Engagement von Universitätslehrern führte zu einer Vielfalt von Projekten, die über eine Vielzahl von Universitäten der Dritte-Welt gestreut waren, was eine starke Aufsplitterung der finanziellen Mittel zur Folge hatte. "Spreading the effort in this way meant that the impact was too slight, continuity could not be guaranteed over a long period, and cooperation depended too much on the interest of individuals rather than on a commitment by the University. It became apparent that development cooperation between universities was something that took time, requiring ties over a period of ten to fifteen years" (Franssen, in: Österreichische Rektorenkonferenz, 1988, 29).

Diese Erkenntnisse veranlaßten 1975 die holländischen Universitäten zu einer Neuorganisation ihrer Entwicklungszusammenarbeit unter der Koordination von NUFFIC. Bereits 1977 hatte Holland 23 langfristige Projekte mit Dritte-Welt-Universitäten laufen, die den Kriterien des neuen Kooperationskonzeptes (siehe S. 7) entsprachen.

In Österreich wurde erst 1984 der erste Partnerschaftsvertrag zwischen der Universität Innsbruck und der Chulalongkorn University Bangkok unterzeichnet. Bis 1990 folgten drei weitere Partnerschaftsvereinbarungen mit Dritte-Welt-Universitäten (Kasetsart University/Bangkok, Hebei Academy of Agricultural and Forestry Science/China, Universität Leon/Nicaragua). Ein Kooperationskonzept wie NUFFIC gibt es in Österreich noch nicht, die Universitätspartnerschaften, auch jene mit den 33 westlichen Industrieländern und den 19 osteuropäischen Staaten, orientieren sich eher an dem von Holland als nicht effizient erachteten "Gießkannenprinzip".

Die BRD mit 350 Partnerschaften in Dritte-Welt-Ländern liegt nicht nur absolut betrachtet weit vor Österreich. Würde man den gleichen Schlüssel (Anzahl der Universitäten : Anzahl der Partnerschaften) auf Österreich anwenden, so müßte Österreich statt 4 etwa 70 Partnerschaften mit Dritte-Welt-Universitäten unterhalten.

An gutem Willen scheint es jedoch in Österreichs Ministerien nicht zu fehlen. So Walter Lichem (1988 Vorsitzender des Europäischen Organisationskomitees für die Nord-Süd-Kampagne, BMfAA) auf einem Workshop in Graz über "Universitäre Zusammenarbeit im Nord-Süd-Verhältnis":

"Die Fähigkeit eines Landes, mit den übrigen Mitgliedern der globalen Staatengemeinschaften bilateral wie auch multilateral zusammenzuarbeiten, kann nicht auf die Verwaltungsstruktur eines Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten beschränkt sein ... Der Bedarf an globaler Perzeptions- und Interaktionsfähigkeit nimmt kontinuierlich zu. Die Flucht in eine intellektuelle 'Alpenfestung' ist ebenso wenig möglich, wie die ausschließliche Europa-Fixation in Wirtschaft, Kultur und Politik ... Die neue 'Diplomatie der globalen Interdependenz' bedarf daher einschlägiger universitärer Kapazitäten. Die diplomatischen Erfolge skandinavischer und niederländischer Diplomatie sind ohne die Unterstützung durch qualifizierte wissenschaftliche Einrichtungen nicht denkbar" (Lichem, 1988, 53/54).

Diesen Erkenntnissen werden dann als konkrete Forderungen nachgesetzt:

"Die Nord/Süd-Kampagne wünscht sich die Förderung des universitären Potentials für Entwicklungszusammenarbeit ... Universitäre Nord/Süd-Zusammenarbeit kann einen bedeutenden Beitrag zu all diesen vorerwähnten Anliegen liefern ... Gemeinsame Forschungsprojekte sowie die Einbindung der Nord/Süd-Kooperation in Programme der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit könnten durch Partnerschaften langfristig ausgerichtet werden ... Nord/Süd-Partnerschaften der Universitäten würden so eine Verstärkung des Beitrages der Universitäten zur Herausbildung jener neuen politischen Kultur in unserem Lande ermöglichen, die wir angesichts der globalen Interdependenz immer dringender benötigen" (Lichem, 1988, 56/57).

Die Praxis der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt steht allerdings in deutlichem Gegensatz zu öffentlichen Proklamationen:

So liegt Österreich hinsichtlich seiner Entwicklungshilfeausgaben laut OECD-Berichten der letzten Jahre (1986, 1988, 1989) an letzter Stelle unter den Industrieländern (vgl. Bodenhöfer, 1989, 59).

Was die Ausgaben für entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit betrifft, hält Österreich hinter Holland, Norwegen, Schweden, Irland, Dänemark, Schweiz seinen Platz an vorletzter Stelle (nur Finnland gibt einen geringeren Prozentsatz seines Bruttonationalprodukts für diesen Bereich aus (vgl. OIE-Aktuell, 1989).

Neben der geringen Anzahl von Universitätspartnerschaften Österreichs mit Entwicklungsländern waren unsere Erfahrungen, die wir mit der Initiierung und Etablierung der Universitätspartnerschaft Salzburg - Leon machten, nicht gerade ermutigend: Nach langen Vorbereitungsarbeiten, die bis ins Jahr 1986 zurückreichen, einem Besuch des Vize-Rektors der Universität Leon/Nicaragua in Salzburg im Frühjahr 1989, lag schließlich im Oktober 1989 ein fertig formulierter Vertragsentwurf vor (vgl. Broschüre: Universitätspartnerschaft Salzburg-Leon, 1989). Dieser wurde von der Rechtsabteilung der Universität Salzburg auf seine formale Richtigkeit geprüft und im Oktober 1989 ans BMWF geschickt. Bis März 1990 dauerte die erste Begutachtungsfrist des vier Seiten umfassenden Vertragstextes. Nach einigen kleinen Änderungen wurde im Juli 1990 der Partnerschaftsvertrag vom BMWF zur Unterzeichnung freigegeben. Die Kooperation zwischen beiden Universitäten mit einem Budgetrahmen von öS 45.000,- kann nun beginnen.

Angesichts der gegenwärtigen politischen Situation innerhalb und außerhalb Österreichs (große Koalition, Osteuropa-Euphorie, Golfkrise) sind die Aussichten jedoch eher pessimistisch zu beurteilen, daß sich an der Position Österreichs als entwicklungspolitisches Schlußlicht in Europa etwas ändert.

ANMERKUNGEN

- ¹ Stand 1988/89 (laut Spiegel Nr. 41, 1989, KDZ-Broschüre, 1988). Gemeint sind hier ausschließlich Partnerschaften in Ländern der Dritten Welt.
- ² Pedra Badejo ist eine Bezirkshauptstadt auf den Kapverdischen Inseln.
- ³ Netherlands University Foundation for International Cooperation.

LITERATUR

Arbeitskreis Universitätspartnerschaft "Salzburg-Leon" (Hrsg.): Kooperation der Universität Salzburg mit der UNAN-Leon/Nicaragua. Bericht über Entwicklung und Ergebnis eines Partnerschaftsprojekts. Salzburg 1989.

Bodenhöfer, H. J.: Hochschulkooperation im Nord-Süd-Verhältnis: österreichische Instrumente und Erfahrungen. In: Österreichische Rektorenkonferenz, 1989.

Franssen, L.: Lessons from Dutch University Cooperation. In: Österreichische Rektorenkonferenz, 1989.

Gruber, H.: Entwicklungshilfe durch Städtefreundschaft. In: ÖIE-INFOMAPPE: Städtepartnerschaften, 1986.

KDZ - Kommunalwissenschaftliches Dokumentationszentrum (Hrsg.): Städtepartnerschaften mit der Dritten Welt. Arbeitshilfen für Gemeinden. Wien, 1988.

Kölner Aufruf. In: KDZ, 1988.

Küper, W. (Hrsg.): Hochschulkooperation und Wissenstransfer. Grundlagen, Erfahrungen und Perspektiven der Wissenschaftsförderung. Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt a. M. 1989.

Küper, W.: Zusammenarbeit im Hochschulwesen - Probleme der internationalen Bildungshilfe für Entwicklungsländer im Hochschulbereich. Zeitschrift für Kulturaustausch, 1988, 38, S. 401 - 415.

Lichem, W.: Universitäre Zusammenarbeit aus der Sicht der Nord/Süd-Kampagne - Implikationen für Österreich. In: Österreichische Rektorenkonferenz, 1989.

ÖIE-INFOMAPPE: Städtepartnerschaften. Hrsg.: Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik, Wien 1986.

ÖIE aktuell: Entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit im Vergleich. Hrsg.: Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungsdienst, Wien 1989.

Österreichische Rektorenkonferenz (Hrsg.): Universitäre Zusammenarbeit im Nord-Süd-Verhältnis. Workshop Graz 1988, Hochschulpolitische Reihe, Band 2, Wien 1989.

SPIEGEL-Report über kommunale Entwicklungshilfe für die Dritte Welt: "Schreiende Not lindern". In: Der Spiegel, 1989, Nr. 41, S. 82 - 97.

Städtepartnerschaft-Informationen: Salzburg - Leon- Singida. Hrsg.: Verein Städtepartnerschaft Salzburg (Hefte erscheinen seit 1984 in loser Folge).

Stoisser, H. G.: Die Inseln des Cabo Verde. Erste Eindrücke eines "Entwicklungsarbeiters". In: ÖIE-INFOMAPPE, 1986.

*Elfriede Ch. Neubauer, Institut für Erziehungswissenschaft, Universität Salzburg,
Franziskanergasse, 5020 Salzburg*

AUTORENNOTIZEN

ANGERER, Roland

studierte Publizistik und Politikwissenschaft in Salzburg, dissertierte über die Lateinamerika-Berichterstattung in österreichischen Tageszeitungen, arbeitet als Presse- und Medienreferent beim Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik (ÖIE) in Wien.

KOLLAND, Franz,

Universitäts-Assistent am Institut für Soziologie der SOWI-Fakultät der Universität Wien. Forschungen zu Technologietransfer, Entwicklungshilfe, Schwerpunktregion: Lateinamerika.

LUGER, Kurt,

Universitäts-Dozent Dr., Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg.

NEUBAUER, Elfriede Ch.,

Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Salzburg.

RAFFER, Kunibert,

Studium der Rechte und der Volkswirtschaft an der Universität Wien, derzeit Dozent am Institut für Wirtschaftswissenschaften dieser Universität; Spezialgebiete: Handel (Ungleicher Tausch), Lome Verträge, Verschuldung.

SCHERRER, Walter,

Dr., Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Linz. Assistent am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Universität Salzburg seit 1982; Lektor an der Universität Linz. Arbeitsbereiche: Theoretische und empirische Arbeitsmarktforschung, Außenwirtschaftsbeziehungen, allgemeine Wirtschaftstheorie. Dazu liegen Beiträge in Zeitschriften und Sammelbänden vor und die Monographie "Dualisierungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt. Auswirkungen von Sättigung, neuen Technologien und außenwirtschaftsinduziertem Strukturwandel", Wien, Orac 1988.

SENSENIIG, Gene R.,

ist Universitäts-Lektor für Politikwissenschaft und Geschichte. Er arbeitet beim Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung/Salzburg im Fotoarchiv und erforscht dort die Geschichte der Arbeitsmigration, der Flüchtlingsproblematik und des neuzeitlichen Bergbaus in Westösterreich. Im November 1990 erscheint von ihm das Buch "Bergbau in Südtirol, von alptiroler Bergbautradition zur

modernen italienischen Montanindustrie, eine Sozialgeschichte", im Verlag Grauwerte, Salzburg.

STOCKINGER, Heinz,

geboren am 16. November 1947 in Taufkirchen an der Pram (OÖ). Vom WS 1967/68 bis SS 1973 Studium der Anglistik und Romanistik an der Universität Salzburg (Magisterium); dazwischen 1970/71 ein Jahr als "assistant de langue allemande" an der Ecole Normale d'Instituteurs d'Arras (Nordfrankreich). Ab dem 2. Semester wissenschaftliche Hilfskraft (Studienassistent) am Anglistischen Institut, später am Romanistischen Institut der Universität Salzburg. 1973 - 1975 Assistent an der Lehrkanzel für Sprachwissenschaft des Romanistischen Instituts. Seit 1975 Bundeslehrer im Hochschuldienst, mit den Schwerpunkten französische Sprachausbildung und Frankreichkunde (einschließlich Frankophonie). Von 1977 bis heute stark in der Antiatom-Bewegung engagiert bzw. im Umweltschutz allgemein. Seit 1986 Sprecher der überparteilichen Salzburger Plattform gegen die WAA Wackersdorf (heute Plattform gegen Atomgefahren).

INFORMATIONEN FÜR AUTOREN:

1. Umfang:

Der Beitrag darf den Umfang von 20 Seiten (1 1/2zeilig, einschließlich Anmerkungen und Literaturverzeichnis) nicht wesentlich überschreiten. Wird dieser Umfang überzogen, muß die Autorin/der Autor mit der Auflage einer Kürzung rechnen.

2. Zitierweise:

Generell sollte ein Verzeichnis aller ver- und bearbeiteten Literatur am Ende des Beitrages stehen. Sofern auf Literatur verwiesen wird, soll dies im Text selbst, und zwar folgendermaßen geschehen: "wörtliches Zitat" (Myrdal 1982, S. 40) oder: dem Sinn nach (vgl. Elsenhans 1984, S. 131 ff.). Fußnoten bzw. Anmerkungen sind durchlaufend zu nummerieren.

3. Zusammenfassung:

Es wird ersucht, eine knappe Zusammenfassung auf Englisch beizulegen.

4. Autorennotiz:

Bitte schicken Sie gemeinsam mit Ihrem Artikel auch eine Kurzcharakteristik Ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit.

5. Begutachtungsverfahren:

Sämtliche einlangende Manuskripte werden von der Redaktion begutachtet. Wissenschaftliche Manuskripte werden zusätzlich zwei externen Begutachtern zur Stellungnahme vorgelegt. Die Namen der Begutachter werden von der Redaktion vertraulich behandelt. Die endgültige Entscheidung über die Aufnahme eines Artikels in das JEP bleibt der Redaktion vorbehalten.

Manuskripte sind zu senden an: Journal für Entwicklungspolitik, Weyrgasse 5, 1030 Wien; Redaktionsschluß für die einzelnen Nummern: 15. 1., 15. 4., 15. 7., 15. 10.

VORSCHAU AUF DIE NÄCHSTEN HEFTE:

- 4/1990 Offenes Heft
- 1/1991 Betriebswirtschaftliche Aspekte in der Entwicklungsplanung und -politik
- 2/1991 Offenes Heft
- 3/1991 Offenes Heft
- 4/1991 Indien

Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien

Druck: HTU-Wirtschaftsbetriebe Ges.m.b.H., A-1040 Wien